

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Beleglohn monatlich 1,00 Mk. Durch die Post bezogen monatlich 8,00 Mk. unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 9,00 Mk. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Verlagszeitung von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die halbspaltenen Zeitspalten mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 258.

Dresden, Dienstag den 7. November 1916.

27. Jahrg.

Der Tag der Präsidentschaftswahl.

Der Wahltag in den Vereinigten Staaten, der mit der Ernennung der Präsidentschaftskandidaten im August 1916 begann, ist zu Ende und heute am 7. November gehen über Millionen Bürger der Vereinigten Staaten zur Wahlurne, um den Präsidenten für die nächsten vier Jahre zu wählen. Die Präsidentschaftswahl ist indirekt: die Bürger wählen die Wahlmänner, die ihrerseits den Präsidenten wählen. Die Zahl der Wahlmänner entspricht der Zahl der Mitglieder, die jeder Staat der Union in den Kongress (Bundesparlament in Washington) entsendet. Der letzte Kongress bestand aus 435 Abgeordneten und 96 Senatoren. Es sollen heute 331 Wahlmänner gewählt werden, wobei auf jeden der 48 Staaten der Union je nach Größe der Bevölkerung eine bestimmte Zahl entfällt: New-York-Staat 45 Wahlmänner, Pennsylvania 38, Illinois 20, Ohio 24 usw. Die Machtbefugnisse des Präsidenten sind sehr erheblich, denn auch der Senat keine Kontrollbehörde ist und die Maßnahmen vorkommen kann. Der Präsident ist Oberbefehlshaber der Armee und der Flotte. Er ernannt die Minister und kann sie entlassen. Das amerikanische Ministerium oder Kabinett geht also — im Gegensatz zum westeuropäischen — nicht aus dem Parlament hervor, sondern wird, wie in Deutschland, vom Oberhaupt der Nation ernannt. Dagegen ist das Kabinett in den Vereinigten Staaten nach englischem Muster gestaltet. Es gibt dort hauptsächlich zwei große Parteien: die Republikaner und die Demokraten, die das politische Leben beherrschen. Im letzten Bundesparlament zählte das Abgeordnetenhaus 233 demokratische Mitglieder, 193 republikanische Mitglieder, 8 Wilde (Unabhängige) und 1 Sozialist. Im Senat saßen 56 Demokraten, 39 Republikaner und 5 Wilde. Die Regierung mit dem im Jahre 1912 gewählten Präsidenten Wilson an der Spitze gehörte der demokratischen Partei an, und das Bundesparlament hatte in beiden Kammern eine feste demokratische Mehrheit.

Die Unterschiede zwischen den beiden großen Parteien haben sich im Laufe der Zeiten erheblich verflüchtigt. Die Republikaner sind konservativer, das heißt: mehr individualistisch und weniger sozialpolitisch gesinnt als die Demokraten. Jene verlangen auch höhere Schutzzölle, eine härtere Zentralregierung und eine rücksichtslosere Verfolgung der amerikanischen Interessen, als die Demokraten es für wünschenswert erachten. Im allgemeinen darf man sagen, daß die Republikaner jetzt die Partei des Großkapitals und der Ausdehnungspolitik sind, während die Demokraten die Interessen des Mittelstandes und der Arbeiterklasse zu vertreten vorgeben.

Die beiden Präsidentschaftskandidaten Wilson (ies: Wilson) und Hughes (ies: Hughes) sind treuliche Vertreter ihrer Parteien.

Wilson, der demokratische Kandidat, ist wesentlich ein englischer Liberaler aus den Jahren von 1860 bis 1880; er ist geistig in den Ueberlieferungen der mittelaltersklassischen Zeit; seine Lieblingsliteratur sind Macaulay, Bagehot, Millington, Dickens und Thackeray. Er ist humanitär, friedliebend und arbeiterfreundlich in der Studierstube und im Volkstheater, aber oft das Gegenteil unter dem Druck des wirtlichen Lebens. Im September 1914 hielt er eine amerikanische Anleihe an die kriegsführenden Mächte für eine Verletzung der Neutralität, aber unter dem Druck der Finanzkrise von Wall Street (Newyorker Börse) ließ er die Anleihen an England und Frankreich ruhig gewähren. Seine liberale Friedensliebe hinderte ihn nicht, zum Schutze des amerikanischen Kapitals Truppen nach Mexiko zu schicken und unter dem Druck der Pro-Amerikaner-Partei im April 1916 gegen Deutschland vorzubereiten. Seine anti-imperialistischen Reden hielten ihn nicht ab, San Domingo zu annektieren, oder die dänische Regierung unter Kriegsandrohung zu zwingen, die westindischen Inseln an die Vereinigten Staaten zu verkaufen. Sein Antimilitarismus stand seiner Förderung der „Preparedness“ (Kriegsvorbereitungen) nicht im Wege. Und sein Kriegsbudget für das kommende Jahr ist das größte, das je von einer Großmacht in Friedenszeiten aufgestellt wurde: es beträgt 662,5 Millionen Dollar (2,7 Milliarden Mark) für Armee und Flotte und erheblich mehr, als das englische und das japanische Kriegsbudget vom Jahre 1914 zusammengenommen. Ein Zwei-Körperte-Standard und Ueberflutungs! Aber ebenso gab Wilson dem Druck der Eisenbahngesellschaften nach, als diese unter Drohung eines allgemeinen Streiks im Sommer 1916 den Achtstundentag verlangten. Er zwang den Kongress, das Achtstundengesetz binnen wenigen Tagen anzunehmen. Er ließ sich auch herbei, bei der Einweihung des Ozeanografischen Observatoriums in Washington am 1. Juli 1916 die Eröffnungsrede zu halten. Woodron Wilson und Lloyd George sind sich sehr ähnlich.

Dagegen ist Hughes aus anderem Holze geschnitten. Ein dogmatischer Jurist, hält er den individualistischen, anti-sozialistischen Geist der amerikanischen Verfassung hoch. Als Kritiker des Obersten Bundesgerichts schloß er sich dem letzten gegen die Antimilitarorganisation in Danbury an, die wegen Verletzung einer Firma kollektiv haftbar gemacht und so finanziell ruiniert wurde. Das Urteil gegen die Danbury-Antimilitarorganisation ist ein amerikanischer Fall-Wal-Entscheid. Hughes' härteste Agitationsmittel gegen Wilson ist dessen Ausschreibung der Achtstundentage für die Eisenbahner, aber Hughes ist kein Demagoge. Im übrigen dürfte er

Große Verluste der Engländer an der Somme. — Alle Angriffe zurückgeschlagen. — Ein großes Munitionslager in Brand gefickt. — Fortschritte am Roten-Turm- und am Vulkan-Paß.

(W. T. S.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 7. November 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Trotz der deutlich erkennbaren Absicht der Engländer, ihre Angriffe gegen fortzusetzen, gelang es ihnen doch nur infolge von Eucourt l'Abbaye, die Infanterie zum Verlassen der Gräben zu bringen; sie wurde sofort zur Umkehr gezwungen. Die englischen Verluste an Toten vom 5. November stellen sich besonders bei den australischen Divisionen als sehr bedeutend heraus. Auch die französischen Angriffe über das mit Gefallen bedeckte Gelände sind nur in beschränktem Umfang zur Wiederholung gekommen. Sie erfolgten zwischen Verdun und Reims am 6. und 7. November und brachen meist schon in unserer Feuer zusammen.

Ein deutsches Fliegergeschwader setzte durch nächtlichen Bombenangriff das große Munitionslager von Gerisy (an der Somme südwestlich von Arras) in Brand; die langdauernden mächtigen Detonationen waren bis nach St. Quentin hörbar.

Heeresgruppe Kronprinz:

Neuer französischer, im Südteil von Armes ruhender Batterien auf Ostschiffen hinter unserer Front wurde von uns erwidert und zur Bergung die Stadt Reims beschossen.

In Wardegebiet keine besonderen Ereignisse.

In der auswärtigen Politik kaum anders handeln als Wilson. Jedoch ist jetzt die Front der amerikanischen Politik eher gegen den Osten gemindert. Der amerikanisch-japanische Gegensatz beginnt abzuflauen zu werden.

Weicher von den beiden Kandidaten die besseren Aussichten auf Erfolg hat, läßt sich von hier aus kaum beurteilen. Sicher scheint nur zu sein, daß ein sehr starker Teil der amerikanischen Arbeiter für Wilson stimmen wird. In der amerikanischen Gewerkschaftspresse wurde für ihn Stimmung gemacht. Für die Deutsch-Amerikaner ist die Lage außerordentlich schwierig. Einer von ihnen machte die wichtige Bemerkung: „Der ganze Unterschied zwischen Hughes und Wilson könnte binnen wenigen Minuten von einem Barbier beseitigt werden.“ (Hughes trägt nämlich einen Bart, während Wilson glattrasiert ist.)

Die amerikanischen Sozialisten haben ebenfalls Präsidentschaftskandidaten aufgestellt. Wie bekannt, haben wir in den Vereinigten Staaten zwei Richtungen, die getrennt vorgehen: die Sozialistische Partei und die Sozialistische Arbeiterpartei. Jene ist jünger, aber stärker und entspricht der deutschen Sozialdemokratie. Die andere ist älter, aber schwächer; sie tritt für den rücksichtslosen revolutionären Klassenkampf ein und bekämpft die amerikanischen Gewerkschaften; sie ist in diesem Punkte eher syndikalistisch. Folgende Ziffern zeigen die Stimmenzahlen, die auf die Kandidaten der beiden sozialistischen Parteien bei den drei letzten Präsidentschaftswahlen entfielen:

Jahr	Sozial. Partei	Sozial. Arb.-Partei
1904	406 230	33 546
1908	424 488	14 021
1912	900 888	28 750

Die Kandidaten der Sozialistischen Partei für Präsidentschaft und Vizepräsidentschaft sind Allan Benson und G. Kirkpatrick. Ersterer ist Redakteur von Beagons Magazine und ein populärer Schriftsteller. Kirkpatrick war Professor der Volkswirtschaft und ist besonders als Friedensfreund bekannt.

Die Kandidaten der Sozialistischen Arbeiterpartei sind Arthur Reimer und Caleb Harrison. Ersterer ist ein guter Redner und strenger Marxist, der alle anderen sozialistischen Richtungen als schädlich bekämpft. Gleichzeitig mit den Präsidentschaftswahlen finden Kongresswahlen statt. Wie bereits erwähnt, war der Sozialismus im letzten Kongress nur durch einen einzigen Sozialisten, dem russisch-jüdischen Rechtsanwalt Meyer-Rondon vertreten; er war vom 12. Wahlkreis in Newyork gewählt worden. Jetzt kandidieren: Meyer London, Morris Hillquit (20. Wahlkreis, Newyork), Viktor Berger und Baylord in Milwaukee, Eugen W. Debs in Terre Haute, Indiana.

Die feindlichen Heeresberichte.

Französischer Heeresbericht vom 6. November, nachmittags: Während der Somme haben die Franzosen einige Fortschritte zwischen Vesbocufs und Salmy-Salmy erzielt. Am frühen Abend und im Laufe der Nacht machten die Deutschen heftige Gegenangriffe auf die von den Franzosen eroberten Stellungen von Salmy und Salmy bis zum St. Pierre-Vaast-Bald. Alle ihre Angriffe auf die Gräben des nördlichen Vorpostens und des westlichen Randes brachen im Feuer der Maschinengewehre und der Artillerie zusammen, das den Entwürfen schwere Verluste beibrachte. Südwestlich von dem Walde und in Salmy-Salmy gelang es den Deutschen ein wenig an Boden. Auf dem rechten Westufer lebhaft Beschichtung der Gegend von Damloup. Kein Infanteriegefecht. Ueberall sonst war die Nacht ruhig.

Französischer Heeresbericht vom 6. November, abends. In der Somme setzten wir unser Vorrücken im Laufe des

Westlicher Kriegsschauplatz:

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern: Die russische Artillerie entfachte zwischen Dinaburg und dem Karoc-Seer eine über das gewöhnliche Maß hinausgehende Tätigkeit. Schwache feindliche Angriffe nördlich von Gduzfisch und südlich der Moskauer Straße wurden leicht abgewiesen. Nordöstlich von Werdh nahmen wir ohne eigene Verluste einen kleinen russischen Brückenkopf auf dem linken Erichsdorfer und brachten eine Anzahl Gefangener ein.

Front des Generals der Kavallerie Erzhetsog Karl:

Im Tsingues-Schlammte gerannen die Russen nach mehrfachen vergeblichen Angriffen schließlich an einzelnen Stellen Gelände. Westlich der Bobja-Brücke nahmen wir am 6. November verlorene Linien in Sturm zurück. — In Abschnitt von Gampulung heftiger Artilleriekampf. Westlich des Targulius-Leses unternahm die Rumänen im Laufe der Nacht sechs vergebliche Gegenangriffe. — Südlich des Roten-Turm-Passes schritt in der Gegend von Spini unser Angriff günstig vorwärts; der Feind ließ 10 Offiziere, 1000 Mann gefangen in unserer Hand. Auch südlich des Vulkan-Passes machten wir Fortschritte.

Balkan-Kriegsschauplatz:

Die Lage ist an beiden Fronten im allgemeinen unverändert. Der erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Tags im nördlichen Teile des St. Pierre-Vaast-Waldes fort. Die Zahl der von uns in diesem Abschnitt gemachten Gefangenen übersteigt 600. Es bestätigt sich, daß der Feind im Laufe der heftigen Gegenangriffe, die er in der letzten Nacht gegen unsere Stellungen am St. Pierre-Vaast-Wald unternommen hat, sehr schwere Verluste erlitten hat. Von der Verbund-Front ist nichts zu melden, außer dem Artilleriekampf, der in der Gegend von Douaumont, Bouz und Damloup fortwähret. In den Vogesen schickerte ein Sondertrupp gegen einen unserer letzten Posten im West-Nale. Auf dem übrigen Teile der Front war der Tag ruhig.

Englischer Heeresbericht vom 6. November, nachmittags:

Während der Nacht wurden wir durch einen starken feindlichen Gegenangriff gezwungen, einen Teil des Geländes aufzugeben, das wir in der Gegend der Wulle bei Barlecourt gewonnen hatten. Westlich von Verdun sicherten wir unsere gefestigten Stellungen. Wir machten drei erfolgreiche Ueberfälle auf die Schützengräben im Gebiet von Armentieres und von Ypern.

Englischer Heeresbericht vom 6. November, abends:

Unsere Front zwischen Ancre und Somme wurde heute heftig beschossen, besonders in der Nachbarschaft von Vesbocufs und Le Sars. Auf unserer rechten Seite wurde die Befestigung des geterrten besetzten Geländes fort. Unsere Artillerie und Schützengräbenwörter beschossen erfolgreich feindliche Gräben südlich von Neuen-Tierec.

Die polnische Frage und die Parteien.

Es ist bemerkenswert, daß gerade die konservative Presse die Lösung der polnischen Frage mit Misstrauen und Abneigung begrüßt. Wiederum befinden sich die Konservativen und Altdeutschen in der Opposition gegen die Politik der Regierung, die in diesem Falle zugleich die Politik der österreichisch-ungarischen Regierung ist und andererseits durchaus den Auffassungen auch der obersten Heeresleitung entspricht. Die Stützen der Autorität, die Getreuen der Monarchie, scheinen sich nicht gerade in dieser Zeit der schwersten Entscheidungen und größten Verantwortlichkeiten der von zwei Kaisern gedeckten Politik der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten.

Der Grund der konservativen Opposition liegt zunächst darin, daß diesen Kreisen schon gefühlsmäßig eine Politik zuwider ist, die die Rettung einer Nation von alten Fesseln in Aussicht stellt. Die Konservativen verfolgen eine Politik ausschließlich der Machterweiterung mit den Mitteln der Gewalt, des Niederwerfens. Es geht über ihre politische Einsicht, daß Polen durch freiwilliges Entgegenkommen zur Freundschaft gewonnen werden könnte. Ferner besürchten sie, daß die von ihnen erstrebte Verständigung mit Ausland durch die jetzige Proklamation des polnischen Staats gehindert werde. Schließlich paßt es ihnen auch keineswegs, daß sie in Preußen selbst ihren alten Polenstolz der Unterdrückung aufgeben sollen. Insbesondere ist der konservative Bedruch darüber groß, daß die Reichsleitung eine vollendete Tatsache geschaffen hat, ohne zuvor eine Erörterung über die Frage in der Presse und im Reichstag herbeizuführen.

Wir verzeichnen einige Äußerungen der konservativen Presse. Die Kreuzzeitung schreibt:

„Während Möglichkeiten der Lösung vorzuziehen, mental sie einen wesentlichen Teil der Kriegsergebnisse vorweg zu fällen; unsere äußere und innere Politik in Frage zu stellen. Angesichts der dauernd aufsteigenden Kosten. Wenn die Vorrede wegen der von Bedenkten spricht, die manchen patriotischen Mann vordrängen würden, diesen Schritt mit freudigem Herzen gutzuheißen, so müssen wir gestehen, daß auch wir uns die Gründe, die, noch dazu jetzt, zu diesem Entschlusse geführt haben, nicht zu eigen machen können.“

Der Umstand, daß hier ein so wesentlicher, in sich nicht zweifelhafter Teil der Friedensfrage vorweg genommen wird, kann nicht ohne schwerwiegenden Einfluß auf die Aufichten der Beendigung des Krieges sein. Welche Art diese